

Drs. 1624-11
Halle 11 11 2011

Umsetzung der
Empfehlungen aus der
zurückliegenden Evaluation
der **Bundesanstalt für
Geowissenschaften und
Rohstoffe (BGR), Hannover**

INHALT

Vorbemerkung	5
A. Zusammenfassung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates	6
B. Zusammenfassung des Berichts der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe zur Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates	9
C. Stellungnahme	13
Abkürzungsverzeichnis	15

Vorbemerkung

In seiner Sitzung vom 7. Dezember 2006 hat der Ausschuss Ressortforschung des Wissenschaftsrates beschlossen, das Bewertungsverfahren zur Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), Hannover, in der ersten Jahreshälfte 2007 durchzuführen, und eine entsprechende Bewertungsgruppe eingesetzt. Diese hat die Einrichtung vom 13. bis zum 15. Juni 2007 besucht und auf der Grundlage dieses Besuchs sowie der von der BGR vorgelegten Informationen einen Bewertungsbericht erstellt. Der Ausschuss Ressortforschung des Wissenschaftsrates hat auf der Grundlage des Bewertungsberichts am 4. Oktober 2007 den Entwurf einer wissenschaftspolitischen Stellungnahme erarbeitet. Der Wissenschaftsrat hat die Stellungnahme am 9. November 2007 verabschiedet. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) wurde gebeten, dem Wissenschaftsrat spätestens nach drei Jahren über die Umsetzung der Empfehlungen zu berichten. Dieser Bitte wurde nachgekommen, indem das BGR einen mit dem BMWi abgestimmten Bericht erstellt und am 13. Mai 2011 dem Wissenschaftsrat übersendet hat.

Der Evaluationsausschuss des Wissenschaftsrates hat auf der Grundlage dieses Berichts den Entwurf der Stellungnahme erarbeitet.

Der Wissenschaftsrat hat die Stellungnahme am 11.11.2011 verabschiedet.

A. Zusammenfassung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates

In seiner Stellungnahme zum BGR aus dem Jahr 2007 erklärt der Wissenschaftsrat, dass die Aufgaben der Einrichtung von zentraler strategischer Bedeutung für Deutschland seien. Das BGR erbringe FuE-Arbeiten sowie wissenschaftliche Dienstleistungen, die die dauerhafte Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Energie- und mineralischen Rohstoffen sicherstellen solle. Angesichts der Gleichzeitigkeit von hohem Rohstoffbedarf, geringen heimischen Rohstoffressourcen in Deutschland, der Verknappung der Rohstoffe weltweit und dem rasanten Anstieg des Rohstoffverbrauchs der Industrie- und Schwellenländer hätten die Aufgaben der Einrichtung hohe Relevanz. Hinzu komme, dass die Bundesregierung durch die globalen Veränderungen im Zuge des Klimawandels auf kompetente wissenschaftliche Beratung durch die Bundesanstalt in Fragen der geologischen Sicherheit angewiesen sei, um geeignete Maßnahmen treffen zu können.

Insgesamt nehme die BGR ihre Aufgaben für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sehr kompetent wahr. Die FuE-Arbeiten, die einen großen Anteil der Aktivitäten der Einrichtung ausmachten, seien von sehr guter wissenschaftlicher Qualität. Die wissenschaftsbasierten Tätigkeiten der Anstalt befassten sich unter anderem mit Aspekten der geologischen Vorsorge- und Sicherheitsforschung, die zu den klassischen Aufgabenfeldern der Ressortforschung gehörten. Die BGR biete ihre forschungsbasierten und damit qualitativ hochwertigen Dienstleistungen nicht nur dem eigenen Ressort, sondern auch anderen Bundesministerien und deren nachgeordneten Einrichtungen an. Damit leiste die Bundesanstalt einen wichtigen Beitrag für die wissenschaftsbasierte Politik- und Wirtschaftsberatung insgesamt.

Längere Vakanzen im Führungsbereich der BGR, so betonte der Wissenschaftsrat, und geänderte Anforderungen an die Bundesanstalt in Folge globaler Entwicklungen hätten dazu geführt, dass die Einrichtung ungeachtet der hohen

Qualität ihrer FuE-Arbeiten vor wichtigen strategischen Entscheidungen stehe. Auf den drei Ebenen der Aufgabenplanung, der Forschungsplanung und der europäischen Vernetzung sei eine Neuausrichtung notwendig. Im Einzelnen sprach der Wissenschaftsrat folgende Empfehlungen aus:

- _ Der Wissenschaftsrat sah es als dringend erforderlich an, dass die BGR ein Leitbild entwickle, welches den Rahmen für die Aufgabenplanung liefere. Das Leitbild solle sicherstellen, dass sich die verschiedenen Aufgaben zueinander kohärent verhielten, ohne die notwendige Flexibilität für die Wahrnehmung neuer Aufgaben einzuschränken. Zudem sollten die Aufgaben einer regelmäßigen Kritik unterzogen und priorisiert werden, wobei 10% der verfügbaren Personenjahre für die Wahrnehmung neuer Aufgaben, die sich aus dem Leitbild ergäben, bereitgestellt werden sollten.
- _ Das BGR benötige eine Forschungsplanung, die sich an einer auf fünf bis sieben Jahren ausgerichteten Forschungsleitlinie orientiere. Die Themenplanung der Forschung solle auf einem effizienten Verfahren basieren, das die Leitung des BGR, das Kuratorium und die relevanten Nutzer mit einbeziehe.
- _ Auf Ebene der Institutionen der Europäischen Union (EU) solle das BGR eine aktivere Rolle einnehmen. Gemeinsam mit weiteren europäischen geologischen Diensten solle die Einrichtung ein Netzwerk bilden, das auf europäischer Ebene Beratung zu wichtigen Fragen der Rohstoffversorgung und der geologischen Sicherheit anbiete. Die Vernetzung mit der wissenschaftlichen Gemeinschaft solle die BGR durch die Beteiligung an Verbundprojekten intensivieren, die von der DFG und insbesondere dem EU-Forschungsrahmenprogramm gefördert werden. Zudem solle die Lehrkooperation mit Hochschulen verbessert werden.
- _ In Bereichen, in denen die Bundesanstalt auftragsbezogene Routineforschung zur Lösung ingenieurgeologischer Fragen durchführe, solle geprüft werden, ob eine Auslagerung dieser Aufgaben bspw. durch Ausgründungen möglich sei. Das Personal der BGR nehme zudem noch nicht in dem Ausmaß an Verfahren der Standardsetzung und Normierung teil, wie es aufgrund ihrer hohen Expertise möglich wäre. Der Wissenstransfer in die breitere Öffentlichkeit sei insbesondere mittels einer zielgruppenspezifischen Kommunikation geowissenschaftlicher Themen noch zu intensivieren.
- _ Der Wissenschaftsrat empfahl der Einrichtung, die Verfahren der Qualitätssicherung zu verstetigen. Insbesondere solle in Abständen von ca. fünf Jahren eine externe Evaluation durchgeführt werden. Das Kuratorium der BGR solle sich in größerem Umfang an der Themenentwicklung und der Qualitätssicherung beteiligen. In das Kuratorium sollten verstärkt Vertreterinnen und Vertreter nationaler geologischer Dienste aus anderen EU-Staaten aufgenommen werden.

- _ Die BGR erfülle Beratungsaufgaben für eine große Zahl an Bundesministerien. Dies berge die Gefahr, dass es zu einer Vielzahl an kleinteiligen und teilweise redundanten Anfragen an die Anstalt komme. Dies könne zu einer Überlastung mit Beratungsaufgaben führen. Deshalb solle die Inanspruchnahme der Einrichtung durch die Ressorts mittels eines leistungsfähigen Verfahrens koordiniert werden. In diesem Zusammenhang solle auch die Aufgabenteilung zwischen der BGR und dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) überdacht und eine Konzentration der Endlagerforschung in der BGR angesichts ihrer international führenden Rolle in diesem Bereich geprüft werden.
- _ Für die empfohlene Leitbildentwicklung benötige die Einrichtung eine effektive Leitungsstruktur. Die Ablauforganisation der BGR solle durch eine Kombination von Abteilungs- und Projektorganisation zu einer Matrixstruktur weiter entwickelt werden. Hinsichtlich der Standorte empfahl der Wissenschaftsrat eine Konzentration am Standort in Hannover.
- _ Zur Rekrutierung von wissenschaftlichem Nachwuchs solle die BGR sich verstärkt an der Hochschullehre beteiligen und auf der Grundlage von Austauschprogrammen mit Universitäten und Einrichtungen der Industrieforschung externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in ihre Forschungsvorhaben integrieren. Zusätzlich solle der Anteil an Planstellen für befristet beschäftigtes wissenschaftliches Personal erhöht werden. Die Stelle der Präsidentin bzw. des Präsidenten der BGR solle öffentlich ausgeschrieben werden und möglichst im Rahmen einer gemeinsamen Berufung mit einer Universität besetzt werden. Der Präsidentin bzw. dem Präsidenten solle die Stelle einer Vizepräsidentin bzw. eines Vizepräsidenten zur Seite gestellt werden, um sie bzw. ihn von administrativen Aufgaben zu entlasten. Der Anteil von Wissenschaftlerinnen in der Leitungsebene des BGR solle durch geeignete Maßnahmen der Leitung und unterstützt vom Kuratorium erhöht werden.

B. Zusammenfassung des Berichts der Bundesan- stalt für Geowissenschaften und Rohstoffe zur Umsetzung der Empfeh- lungen des Wissen- schaftsrates

Mit einem Schreiben vom 13. Mai 2011 hat die BGR einen mit dem BMWi abgestimmten Bericht zur Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates übersendet. Insbesondere habe die BGR folgendes Leitbild entwickelt: „Der Planet Erde ist unsere Lebensgrundlage – seine Ressourcen sind begrenzt.“ Aus diesem Leitbild leite die BGR ihre Kernthemen Energierohstoffe, mineralische Rohstoffe, Grundwasser, Boden und den Untergrund als Speicher- sowie Wirtschaftsraum ab. Ziel ihrer Forschung und Beratung sei, „die Lebensbedingungen durch verantwortliche Nutzung der Geopotenziale zu erhalten oder zu verbessern.“ Dabei orientiere sich die Anstalt an den Anforderungen aus Politik, Wirtschaft und weiteren gesellschaftlichen Bereichen. Die Qualität ihrer Beratung und der gelieferten Informationen basiere auf bedarfsorientierter Ressortforschung. Die hierfür notwendige Kompetenz in den Kernthemen sichere die BGR durch kontinuierlich angelegte Forschung und Entwicklung; überdies werbe sie gezielt Drittmittel zur Ergänzung der Ressortforschung ein.

Des Weiteren berichtet die BGR folgendes zur Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates:

- _ Neben der Entwicklung des Leitbildes habe die BGR im Jahr 2008 eine erste Aufgabenkritik durchgeführt, eine neue Aufgabenkritik sei im Jahr 2010 nach der Implementierung eines Zielsystems erfolgt. Seitdem sei eine laufende Aufgabenkritik in die Arbeitsplanung integriert. Zur Entwicklung einer kohärenten Aufgaben- und Projektstruktur sei die Organisation neu gestaltet worden, indem vier thematische ausgerichtete Fachabteilungen orientiert an den Kernthemen geschaffen wurden, denen sich 17 Fachbereiche zuordnen. Die Aufgaben seien nach Themenfeldern neu strukturiert worden und in Projekte (Aufgaben mit zeitlicher Befristung), Daueraufgaben (bspw. Aufgaben mit gesetzlicher Grundlage) und fachlich technische Infrastrukturen (bspw. Aufgaben zum Erhalt des Laborbetriebs) untergliedert worden. Durch die Aufgabenkritik und Profilschärfung seien Ressourcen im Umfang von mehr als 10 % der Personenjahre freigesetzt worden. Dadurch sei es möglich geworden, neue Tätigkeitsfelder einzurichten wie das Endlagerprojekt Gorleben (Erstellung der „Vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben“) oder die CO₂-Speicherung in tiefen geologischen Formationen.
- _ Den Empfehlungen zur Entwicklung einer Forschungsleitlinie und zur Festlegung von Themen der Forschung sei die BGR gefolgt. Auch das Verfahren der Themenplanung sei wie empfohlen verbessert worden. Themenfelder und Themen der Forschung würden gemeinsam mit Zielsetzungen im jährlich erstellten Entwurf des Programmbudgets der Bundesanstalt festgehalten. Themen- und Aufgabenplanung würden durch die Leitungsrunde der BGR genehmigt und im Rahmen der Diskussion des Entwurfs des jährlichen Programmbudgets mit dem BMWi und dem Kuratorium diskutiert und endgültig festgelegt.
- _ Die BGR engagiere sich – wie vom Wissenschaftsrat empfohlen – aktiver im europäischen Netzwerk geologischer Dienste EuroGeoSurveys (EGS), indem sie verstärkt an Workshops und der Generalversammlung teilnehme und sich an regionalen Forschungsinitiativen von EGS beteilige. Zudem wirke sie in Arbeitsgruppen der EU mit und sei Partner in mehreren EU-geförderten Projekten. Der empfohlenen verstärkten Vernetzung mit der wissenschaftlichen Gemeinschaft komme die Einrichtung dadurch nach, dass sie sich an Projekten des EU-Forschungsrahmenprogramms beteilige und das Schwerpunktprogramm (527) *Integrated Ocean Drilling Program/Ocean Drilling* der DFG koordine. Eine verbesserte Kooperation mit Hochschulen erreiche die BGR dadurch, dass sie Lehrtätigkeiten ihres wissenschaftlichen Personals als genehmigte Nebentätigkeit unterstütze. Eine Anerkennung der Lehrtätigkeit als Teil der Dienstaufgaben sei derzeit aus rechtlichen Gründen nicht möglich.
- _ Die BGR habe geprüft, ob es zur Intensivierung des Wissenstransfers möglich sei, einige Arbeiten in Ausgründungen auszulagern, und habe diese Möglichkeit verworfen. Die vom Wissenschaftsrat genannten Forschungsarbeiten

würden in der Regel vernetzt durch verschiedene Organisationseinheiten in der BGR wahrgenommen. Zudem sei die ausgeprägte Interdisziplinarität ein Alleinstellungsmerkmal der BGR und würde durch die Herauslösung einzelner Bereiche in Ausgründungen gefährdet. Die Beteiligung an Normierungsverfahren habe die BGR – wie vom Wissenschaftsrat empfohlen – verstärkt. Ebenfalls erhöht habe man die Aktivitäten im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. Durch vielfältige Maßnahmen bringe die Einrichtung ihre Arbeit der Öffentlichkeit zur Kenntnis. Zudem erhöhe man den Wissenstransfer auf dem Wege einer Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BGR an einer Vielzahl von internationalen Gremien.

- _ Die interne Qualitätssicherung der BGR sei verstetigt worden. Insbesondere sicherten Veröffentlichungen in referierten wissenschaftlichen Zeitschriften und die Vortragstätigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtung die Qualität der Forschungsarbeiten. Eine externe Evaluierung des BGR sei vom BMWi für das Jahr 2012 vorgesehen. Nachgekommen sei das BGR ebenfalls der Empfehlung, das Kuratorium bei der Entwicklung des Leitbildes und bei der internen Qualitätssicherung mit einzubeziehen sowie Vertreterinnen und Vertreter zweier nationaler geologischer Dienste anderer EU-Staaten zum 1. Januar 2010 in das Kuratorium der BGR zu berufen.
- _ Das vom Wissenschaftsrat empfohlene Verfahren zur ressortübergreifenden Koordination der Inanspruchnahme der BGR sei nicht eingerichtet worden. Jedoch sei vom BGR mit dem BMWi eine Zielvereinbarung getroffen worden, die die Position der Bundesanstalt gegenüber den anderen Ressorts stärke. Die Aufgaben bei der Endlagerung würden mittels eines Projektstrukturplans des BfS koordiniert. Eine Konzentration der Endlagerforschung an der BGR sei nicht umgesetzt worden. Vielmehr werde die Zuständigkeit für die Durchsetzung einer einheitlichen Linie bei der Endlagerforschung vom BMWi und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) geprüft.
- _ Der empfohlenen Weiterentwicklung der Leitungsstruktur sei die Einrichtung dadurch nachgekommen, dass sie eine Leitungsrunde eingerichtet habe, die aus der Präsidentin bzw. dem Präsidenten, den Abteilungsleitungen, der Geschäftsführung, dem zentralen Controlling sowie Gästen (bspw. Personalrat, weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) bestehe. Die Stärkung einer Matrixstruktur sei verworfen worden, da sie zu einer Aufsplitterung von Verantwortlichkeiten führen könne. Vielmehr würden die in den Abteilungen verteilten Fach- und Methodenkompetenzen abteilungsübergreifend koordiniert. Ebenfalls nicht gefolgt sei die BGR der Empfehlung, eine Konzentration aller Standorte in Hannover vorzunehmen; in Abstimmung mit dem BMWi sei statt dessen die Arbeitsfähigkeit des Standortes Berlin-Spandau sichergestellt worden, der zudem weitere Aufgaben erhalten habe.

_ In Folge der Lehrtätigkeit wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesanstalt steige der Diplomanden- und Doktorandenanteil unter den Beschäftigten der BGR; die Diplomandenbetreuung und die Lehrtätigkeit finde hohe Anerkennung innerhalb der Einrichtung. Der Empfehlung zur Erhöhung des Anteils befristeter Stellen an den Planstellen für wissenschaftliches Personal habe die BGR nicht folgen können. Hiergegen sprächen rechtliche Regeln. Zudem werde in den Projekten der BGR bereits eine hohe Anzahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern befristet beschäftigt. Über die Ausschreibungsmodalitäten der Stelle der Präsidentin bzw. des Präsidenten entscheide das BMWi fallweise. Ebenfalls nicht gefolgt werden konnte der Empfehlung, die Stelle einer Vizepräsidentin bzw. eines Vizepräsidenten einzurichten. Ein entsprechender Antrag sei vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages abgelehnt worden. Zur Förderung der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen seien im Personalentwicklungskonzept der Einrichtung Maßnahmen vorgesehen, die regelmäßig geprüft und weiterentwickelt würden.

C. Stellungnahme

Die BGR ist eine Einrichtung mit Ressortforschungsaufgaben, die mit 40 % einen hohen Anteil an eigener Forschung am Tätigkeitsspektrum aufweist. Diese Forschung bildet die Grundlage der guten Beratungsleistungen für Politik und Wirtschaft, die die Einrichtung erbringt. Zudem bearbeitet sie gesellschaftlich hoch relevante Themenfelder wie bspw. Fragen der Endlagerung radioaktiver Abfälle oder der Nutzung des tieferen Untergrunds zur CO₂-Speicherung sowie Fragen der Verfügbarkeit von Rohstoffen.

Der Wissenschaftsrat würdigt ausdrücklich die Anstrengungen, die die BGR unternommen hat, um viele seiner Empfehlungen umzusetzen und die Leistungsfähigkeit der Einrichtung zu erhöhen. Insbesondere sieht er die themenorientierte Neustrukturierung der Abteilungen positiv. Des Weiteren sind die Erarbeitung eines Leitbildes und die schlüssige Ableitung von Kernthemen sowie die Entwicklung einer Forschungsleitlinie positiv zu würdigen. Insgesamt erweist sich die Erarbeitung und jährliche Forstschreibung eines Programmbudgets als wirksames Instrument der effektiven Forschungsplanung. Ebenfalls begrüßt der Wissenschaftsrat die verstärkte Beteiligung des Kuratoriums und des BMWi an der Programmplanung und regt an, neben dem BMWi weitere Nutzer der Arbeit der BGR an der Planung zu beteiligen.

Die Aktivitäten im Bereich der Vernetzung mit den europäischen geologischen Diensten und weiteren europäischen Institutionen scheint ebenso wie die Vernetzung mit der wissenschaftlichen Gemeinschaft und hier insbesondere mit den Hochschulen auf einem guten Wege. Der Wissenschaftsrat bestärkt die Einrichtung, diese Maßnahmen weiter zu verfolgen.

Er kann die Argumente, die gegen die Auslagerung einzelner Arbeiten der Einrichtung mittels Ausgründungen sprechen, nachvollziehen. Den Wissenstransfer, der sich durch die Mitarbeit in Gremien vollzieht, sieht er sehr positiv, da hier zielgerichtet das Wissen der Einrichtung den Adressaten nahe gebracht wird. Die Maßnahmen der internen Qualitätssicherung erscheinen hinreichend etabliert zu sein. Für die regelmäßige externe Evaluation sollte eine Planung von BGR und BMWi erfolgen, die über die nächste Evaluation hinausgeht.

Trotz der insgesamt sehr positiven Entwicklung der BGR besteht in einzelnen Bereichen weiterhin Verbesserungsbedarf: So ist kritisiert, dass bisher kein Verfahren zur ressortübergreifenden Koordination der Inanspruchnahme der BGR entwickelt wurde. Der Wissenschaftsrat bekräftigt ausdrücklich seine Empfehlung, die Stelle der Präsidentin bzw. des Präsidenten regelmäßig öffentlich auszuschreiben und eine gemeinsame Berufung mit einer Universität anzustreben. Des Weiteren hält der Wissenschaftsrat an seiner Empfehlung fest, dass Lehrtätigkeit des wissenschaftlichen Personals in Einrichtungen mit Ressortforschungsaufgaben grundsätzlich als Teil der Dienstaufgaben gefördert werden sollten. |¹

|¹ Vgl.: Wissenschaftsrat: Empfehlungen zur Profilierung der Einrichtungen mit Ressortforschungsaufgaben des Bundes, Lübeck 2010, S. 49.

BfS	Bundesamt für Strahlenschutz
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
EGS	EuroGeoSurveys
EU	Europäische Union
FuE	Forschung und Entwicklung
WR	Wissenschaftsrat